

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



März 2023

Kreistag

Haushaltssperre von 30%

Der Einbruch der Grunderwerbssteuer führt zu einer erheblichen Finanzlücke im Kreishaushalt. Um die 3 bis 5 Millionen Euro, die weniger zu erwarten sind zu kompensieren, hat der Kreistag eine Haushaltssperre beschlossen. Auswirkungen dieser Haushaltssperre werden u.a. im Bereich der Nachbesetzung von Stellen in der Verwaltung zu spüren sein als auch Einsparungen bei Materialbeschaffungen. Der Kreistag ist zuversichtlich, dass mit dieser Maßnahme die Pflichtleistungen in diese Jahr auch weiterhin erfüllt werden können. Wir haben angesichts der schwierigen Finanzlage zugestimmt. Sollte sich die Finanzlage anders als prognostiziert entwickeln, sei es in eine positive als auch negative Richtung, kann und wird der Kreistag zusammentreten.

Gymnasium Tutzing

Der Schulausschuss hat sich für den Ausbau der Digitalisierung des Gymnasiums Tutzing ausgesprochen. Bildung und insbesondere die digitale Ausstattung unserer Schulen sind unabdingbar und lassen keine Aufschiebung zu. Die FDP hat sich hier stark dafür eingesetzt, dass trotz ausstehender Sanierung dieser Schule, der Bereich der Digitalisierung schon jetzt vorgenommen wird.

Unterstützung des Baus von „IWL-Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Förderstätte“

Die FDP hat der Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutz zugestimmt, damit sich die IWL-Werkstätten in Andechs erweitern können. Arbeitsplätze für Menschen mit Inklusionsbedarf zu schaffen ist ein wichtiger Teil der Teilhabe von Menschen mit Behinderung. In der Förderwerkstätte wird hochwertige Arbeit geleistet.

Deutschlandticket

Der Kreistag beschließt die Einführung des Deutschlandtickets für das Jahr 2023. Für den Landkreis ist dieses Ticket kostenneutral. Die Weiterführung dieses Angebots für die folgenden Jahre wird in den zuständigen Ausschüssen besprochen. Die FDP begrüßt das Deutschlandticket.

Berg

IT-Dienstleister

Der Gemeinderat Berg hat einstimmig dem Beitritt zur ZIO GmbH beschlossen. Diese soll ein IT-Dienstleister für die Gemeinden um den Starnberger See sowie die Gemeinde Andechs und den Wasserversorgungsbetrieb für Pöcking und Feldafing werden. Kritisch sieht die FDP in diesem Zusammenhang, dass die Geschäftsführung zu Beginn von geschäftsleitenden Beamten beteiligter Gemeinden gewährleistet werden soll. Eine Aufteilung zwischen wirtschaftlicher und technischer Geschäftsführung ist nicht vorgesehen, was ebenfalls kritisch begleitet wird.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Konzept zur Freiflächen-Photovoltaik

Dieses wurde im Gemeinderat zwar als interne Handlungsanweisung verabschiedet, aber mit großen Vorbehalten als kritisch angesehen. Es wurde richtigerweise die Einbeziehung der Pächter landwirtschaftlicher Flächen in den Planungsprozess gefordert. Weiterhin wurde bemängelt, dass einige Gemeindeteile, die in ihren Altgemeinden alle Flächen mit Landschaftsschutzstatus versehen haben, grundsätzlich von der Planung ausgenommen wurden.

Gauting

Windkraftprojekte in der Gemeinde Gauting

Im Rahmen einer Sondersitzung beschäftigte sich der Gautinger Gemeinderat im März mit den geplanten Windenergieprojekten im Gemeindegebiet. Bekanntlich existiert im Landkreis Starnberg bereits seit dem Jahr 2012 ein Teilflächennutzungsplan, in welchem Konzentrationsflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen ausgewiesen wurden. Auf Gautinger Flur wurden hierbei gleich mehrere Konzentrationsflächen festgesetzt. In den Waldgebieten auf südlicher Gemeindeflur befinden sich dabei südlich von Buchendorf, zwischen Hausen und Königswiesen sowie süd-westlich von Oberbrunn, die drei aussichtsreichsten Potentialflächen. Außerhalb dieser definierten Flächen ist die Errichtung von Windkraftanlagen derzeit nicht gestattet. Infolge des von der neuen Bundesregierung verabschiedeten „Wind-an-Land-Gesetzes“ sind die regionalen Planungsverbände nun aufgefordert einen nach Region individuell festgelegten Prozentsatz der Landesfläche für die Zwecke der Windkraft auszuweisen. Für die Region München, zu der Gauting gehört, ist das Ziel auf 1,1 % der Landesfläche bis Ende des Jahres 2027 festgesetzt. Sollte dieses Ziel in der Region München nicht erreicht werden, so hätte dies eine generelle Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich (unter Wahrung eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung) sowie damit einhergehend eine Unwirksamkeit bestehender Teilflächennutzungspläne zur Folge. Nach derzeitigem Planungsstand scheint eine Übernahme bzw. Überführung der bisherigen Konzentrationsflächen in den Regionalplan jedoch den Flächenzielen des Gesetzes zu genügen.

Die Gemeinde Gauting möchte nun in einem ersten Schritt zusammen mit einem Partner vorrangig Windkraftprojekte auf den Konzentrationsflächen bei Buchendorf und Königswiesen entwickeln. Hierzu soll - insbesondere zur Steigerung der Akzeptanz des Vorhabens in der Bevölkerung - die Realisierung in Form eines Bürgerwindprojektes gewählt werden. Damit könnten sich die Gautinger Bürgerinnen und Bürger direkt finanziell an den Windkraftprojekten beteiligen und ebenso von den erhofften Gewinnen profitieren.

Architektenwettbewerb Stockdorf – "Neues Leben an der Würm"

Für den Architektenwettbewerb zur Entwicklung des sog. „Stanz-Schmidt-Geländes“ in Stockdorf hat der Bauausschuss in seiner März-Sitzung den Auslobungstext verabschiedet. Bis Juli sind ausgewählte Planungsbüros aufgefordert städtebauliche Vorschläge zur baulichen Entwicklung des Areals zu erarbeiten. Der Wettbewerb ist dabei in zwei Teilgebiete gegliedert: Während auf dem derzeitigen Firmenareal östlich der Würm sowohl Wohn- als auch gewerbliche Nutzungskonzepte vorzusehen sind, können für den derzeit nicht zugänglichen Bereich westlich der Würm unter bestimmten Voraussetzungen auch Vorschläge für eine

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



moderate Wohnbebauung eingereicht werden. Über den Sieger des Wettbewerbs wird dann eine Jury bestehend aus Stadtplanern, Architekten, Eigentümervvertretern und Gemeinderäten beraten. Hinsichtlich der Einleitung eines möglichen Bauleitplanverfahrens entscheidet dann der Bauausschuss.

Herrsching

Grünplankonzept

Im Mai 2022 hatte der AK Umwelt unter Mitwirkung der FDP einen interfraktionellen Antrag initiiert mit dem Ziel, ein übergreifendes Grünplankonzept für Herrsching zu entwickeln. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigten den Arbeitskreis vor allem 2 Themen: die vom Wasserwirtschaftsamt geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen am heimischen Kienbach und die Nutzung von gemeindlichen Flächen als Streuobst- oder Blühwiesen. Die Abschaffung der alten Baumschutzverordnung resultierte mittlerweile sogar in einer Bürgerinitiative, die sich vehement für die Wiedereinführung einer rechtssicheren Verordnung einsetzt (s. unten). Für all diese Themen stehen der Gemeinde Herrsching ab sofort kompetente Ansprechpartner eines Planungsbüros für Landschaftsarchitektur und Stadtplanung zur Verfügung. In der letzten Gemeinderatssitzung durfte sich das Büro der Öffentlichkeit vorstellen. Es wurde vereinbart, dass man die Arbeit sofort aufnimmt und sich im Rahmen zweier Workshops mit folgenden Themen auseinandersetzt: Schwammstadt (dieses Prinzip sichert Stadtbäumen das Überleben im Straßenraum) und Baumschutz (Bürgeranträge), Wegsanierung Seepromenade, Spielplätze, Finanzierungsbedarf und Zeitplan.

Neues Klinikum

Nachdem es im letzten Jahr bereits Vorsondierungen gab, hat sich der Gemeinderat mit einer Gegenstimme der FDP zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für den geplanten Neubau eines Krankenhauses an der Seefelder Straße entschieden. Die FDP Fraktion kritisiert schon seit Jahren die mangelnde städtebauliche Planung in der Gemeinde. Auch wenn das Krankenhaus für eine weitere medizinische wohnortnahe Grundversorgung unabdingbar ist, werden wir die Entscheider weiter daran erinnern, dass sich dieses und zukünftige Bauvorhaben in einen Gesamtplan und eine gestalterische Vision für unseren Ort einfügen sollten. So ist es derzeit noch offen, wo und in welchem Umfang beispielsweise Angestelltenwohnungen gebaut werden sollen.

Veranstaltungen 2023

Nachdem Corona endlich hinter uns liegt, kann die Gemeinde auch bei den geplanten Veranstaltungen wieder aus dem Vollen schöpfen. Neben den bereits verabschiedeten Seemärkten, dürfen sich Einwohner und Gäste auf folgende Highlights freuen: Marktsonntag und "Feuer und Flamme", 150 Jahre Feuerwehr, Schlossgartenfest, Flohmarkt, Graffiti Jam im Jugendhaus, Maibaumaufstellen (sogar 2x), Berg- und Weinfest in Widdersberg und als Abschluss ein Christkindlmarkt in Herrsching und die Widdersberger Dorfweihnacht.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Baumschutzverordnung

Im Jahr 2018 hat die Gemeinde Herrsching die 2005 eingeführte Baumschutzverordnung wieder aufgehoben. Als Grund wurde vor allem der hohe Verwaltungsaufwand angeführt. Bis zu 6 Stunden dauere der Verwaltungsakt pro Baum. In der Folge kam die Gemeinde den einhergehenden Aufgaben wie der Kontrolle von Auflagen oder der Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht immer nach. Einige Herrschinger Bürger wollen sich mit diesem Zustand nicht abfinden. Die Bürgerinitiative Agenda 21 ProNatur Herrsching hat daher knapp 400 Unterschriften mobilisiert und damit das Quorum von 1% für einen Bürgerantrag erreicht. Der Gemeinderat wird sich demnach in den kommenden 3 Monaten wieder einmal mit der möglichen Neuauflage einer Baumschutzverordnung befassen.

Inning am Ammersee

Bürger- und Vereinsheim

Nach intensiven Beratungen beschloss der Gemeinderat den Abriss des heutigen „Haus der Vereine“ und den Neubau eines Bürger- und Vereinsheims. Das zugrunde liegende neue Raumkonzept berücksichtigt einerseits die Bedarfe der Bürger und der Vereine, andererseits fügt es sich in die geplante Erweiterung des Sportgeländes und des Einzelhandelsprojekts ein. In der ca. 50% größeren Nutzfläche ist u.a. ein neues Tennisheim, ein Saal mit Bühne und ein großzügiges Foyer vorgesehen. Eine Catering-Küche wird größere Privatfeiern ermöglichen.

Satzungen über Garagen- und Stellplätze sowie die Gestaltung von Garagen und Nebengebäuden

Der Gemeinderat beriet über Anregungen zur Neugestaltung von Garagen und Nebengebäuden. Wesentliche Elemente waren die Einführung einer Verpflichtung zur Herstellung von Fahrradstellplätzen und die Anpassung der Berechnungsmethodik für PKW-Stellplätze. Die Freien Demokraten plädierten für eine größtmögliche Freiheit und Eigenverantwortung der Eigentümer von Ein-, Zweifamilien-, Doppel- und Reihenhäusern, lediglich bei Mehrfamilienhäusern sollte es eine satzungsmäßige Pflicht für Fahrradstellplätze geben.

Bebauungsplan "Griesstraße Nordwest" Aufstellungsbeschluss

Zur Deckung der bestehenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum im Großraum München beschloss der Gemeinderat die Aufstellung des Bebauungsplanes „Griesstraße Nordwest“ in Inning. Auf Basis einer Machbarkeitsstudie zum Wohnungsbau sollen ca. 18 Wohneinheiten errichtet werden. Die Wohneinheiten verteilen sich je Haus auf zwei bzw. drei Wohnetagen.

Krailling

Tanklager

Der Gemeinderat Krailling hat am 28.03.2023 zur Entwicklung des Tanklagergeländes Krailling die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans gem. § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren einstimmig beschlossen. Die Planungsziele sind entsprechend des Beschlusses:

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Weiterentwicklung des Tanklagers einschließlich der bauplanungsrechtlichen Absicherung der bestehenden Anlagen und Nutzungen / Entwicklung eines Erneuerbare-Energien-Parks zur Erzeugung, Speicherung und Nutzung regenerativer Energien, wie z. B. Wasserstoff, Eisenergiespeicheranlage unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung / Erhalt und Weiterentwicklung des wertvollen Naturraumes im Kreuzlinger Forst mit sehr hoher lokaler und regionaler Bedeutung für den Natur- und Artenschutz und unter Berücksichtigung des laufenden Projekts BayernNetzNatur sowie Erhalt und Ausbau der Waldflächen und ihrer Funktion insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz und die Klimaanpassung / Schaffung einer Ausweichfläche für ein standortgebundenes örtliches Unternehmen unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung / Entwicklung eines überörtlich bedeutsamen Radweges zwischen Germering, Krailling und Gauting zur Verbesserung des Angebots insbesondere im Alltagsradverkehr / Entwicklung einer naturnahen Freizeitfläche, ggf. einschließlich eines Besucherzentrums

Trinkwasserversorgung im Würmtal

Die FDP-Fraktion hat sich anlässlich der Berichterstattung in der SZ am 8. und 9. März Gedanken über die Wasserversorgung in der Gemeinde gemacht und der Verwaltung im März 2023 folgende Fragen gestellt: Wie steht es um die Wasserversorgung für unsere Gemeinde und unser Verbandsgebiet? Wird das dort entnommene Wasser im Würmtal verwendet oder "muss" es anteilig nach München abgegeben werden? Es geht um Verteilung von Trinkwasser im Land und den Kommunen, die Wasser haben, müssen kostenfrei an die Allgemeinheit liefern. Es gibt keinen Wasserpfennig o.ä.

Dazu antwortet der erste Bürgermeister und Vorsitzender des Würmtal-Zweckverbands:

„Nach Rücksprache mit dem Würmtalzweckverband habe ich den entsprechenden Passus aus einer heute noch gültigen Vereinbarung des WZV aus den 50er Jahren mit der Stadt München erhalten. Weitere Vereinbarungen gibt es nicht. Im Katastrophenfall gelten dann andere gesetzliche Bestimmungen, die z.B. auch sog. Notbrunnen beinhalten. Da sprechen wir dann aber von Lieferungen mit Tankfahrzeugen. Nur die Stadt München ist tatsächlich physisch in Lochham an einer Übergabestation mit dem WZV verrohrt.

Bei der kostenlosen Abgabe von Trinkwasser in den Kommunen handelt es sich um ein neues Gesetz, das Kommunen dazu verpflichtet will, im öffentlichen Raum kostenlos Trinkwasser darzubieten, z.B. über Trinkwasserbrunnen. Das ist wieder ein Bundesgesetz, wonach die Kommunen bezahlen sollen, ohne dass der Bund dafür ausreichende Zahlungen leistet:

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/staedte-und-gemeinden-muessen-trinkwasser-im-oeffentlichen-raum-kostenlos-bereitstellen> .“

Seefeld

Haushalt 2023

In seiner März-Sitzung hat der Gemeinderat den Haushalt 2023 einstimmig verabschiedet. Wegen einer einmaligen Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen konnte das Jahr 2022 ohne Kreditaufnahme abgeschlossen werden. Das ist auch für 2023 dank umfangreicher Verschiebung von Bauprojekten zu erhoffen, auch wenn der Haushaltsansatz eine Kreditaufnahme von 3,5 Mio. € vorsieht. Einigkeit bestand

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



darin, dass jetzt zügig die Gewinnung neuer Gewerbetriebe in den Gebieten am Jahnweg und am Oberfeld angegangen werden muss, weist doch die Langfristplanung steigenden Kreditbedarf aus. Die FDP vertritt weiterhin die Ansicht, dass diese eher kleinen Gewerbegebiete zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Gemeindefinanzen nicht ausreichen.

Leitlinienkonzept „Seefeld 2035“

Die inzwischen erfolgte Bürgerbeteiligung führte lediglich zu wenigen sprachlichen Klarstellungen, so dass die Leitlinien in der jetzt endgültigen Form einstimmig verabschiedet wurden. Die Zustimmung der Bürger dazu war erfreulich hoch.

Vergaberichtlinien für Gewerbegrundstücke

Dieser TOP wurde auf Antrag - mit Unterstützung der FDP - vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben. In der Taskforce Gewerbe waren die Richtlinien nach dem Vorbild anderer Gemeinden und mit Beiträgen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises gwt erarbeitet worden. Auf FDP-Antrag wurde als weiteres Bewertungskriterium der Beitrag zur kommunalen Infrastruktur eingefügt. Ebenfalls auf Antrag der FDP sind nur Bewerbungen in digitaler Form möglich. Es bleibt zu hoffen, dass das Vergabeverfahren jetzt bald in Gang kommt.

Fundtiervertrag mit dem Tierheim Starnberg

Der Betrieb des Tierheims in Starnberg ist defizitär und der betreibende Tierschutzverein fordert von den Gemeinden höhere Zahlungen für die Fundtiere, für welche die Gemeinde verantwortlich ist. Man hat sich jetzt auf eine Steigerung des Zuschusses von 0,60€ auf 1,60€ je Einwohner und Jahr geeinigt. Es bleibt anzustreben, dass die Tierhalter, die ihr Haustier ans Tierheim abgeben, auch für die Kosten dort aufkommen.

Gestaltung des Höhenrückens in Hechendorf

Die Ausschreibung erbrachte nur Angebote, die deutlich über dem im Haushalt eingestellten Betrag liegen. Der FDP-Antrag, die Ausschreibung aufzuheben und neu auszuschreiben, da derzeit die Baukosten sinken, wurde leider mit großer Mehrheit abgelehnt. Alle Appelle an die Haushaltsdisziplin aus der vorangegangenen Haushaltsberatung waren bereits wieder verhallt.

Gemeindliches Mehrfamilienhaus an der Spitzstraße in Hechendorf

Anschließend an das Einheimischenmodell wurde bereits mit diesem eine Wohnanlage im Bebauungsplan vorgesehen. Die Realisierung wurde dem gemeindlichen Kommunalunternehmen SeefeldBauKU (kurz SeeKU) übertragen. Der Siegerplan des Architektenwettbewerbs für diese Anlage sieht ein großes (56m Länge) und ein kleineres Gebäude mit zusammen 24 Wohnungen vor und erfordert eine geringfügige Änderung des Bebauungsplans. Dagegen wehrt sich eine neugegründete Bürgerinitiative, die diese Baukörper – im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit des Gemeinderats – als zu groß und nicht ins Ortsbild passend ansieht und fehlenden Parkraum bemängelt. In einer Informationsveranstaltung für die Bürger, die mit ca. 100 Teilnehmern sehr gut besucht war, wurde diese Kontraposition recht heftig und polemisch vorgetragen. Gegenvorschläge wie 3 Doppelhäuser anstelle des Mehrfamilienhauses wird die Gemeinde sicher nicht aufgreifen, denn die Wohnungen, die durch Landessubventionen günstig angeboten werden können,

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



werden dringend benötigt. Es wird sonst fast unmöglich, Personal für Kindergärten, den Bauhof, das Krankenhaus etc. zu bekommen. Eine 3D-Darstellung des Umfelds mit den geplanten Neubauten zeigt, dass in Anbetracht der benachbarten großen landwirtschaftlichen Scheunen und der Vierspanner im Einheimischenmodell der geplante Neubau sich durchaus gut einfügt. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Bauvorhaben mit einem Bürgerbegehren verhindert werden soll und kann.

Starnberg

Stadtratssitzung

Da das Jahr 2023 entsprechend der Ankündigung der Stadt dazu genutzt werden soll, sich über die von ihr zum Zwecke der Finanzierung des neuen Bahnvertrages zu verkaufenden, eigenen Grundstücke Klarheit zu verschaffen, stellte die FDP Starnberg einen Dringlichkeitsantrag. Da die Dringlichkeit von seitens des Bürgermeisters nicht gesehen wurde, ist der Antrag mit 15:8 Gegenstimmen zurück in die Verwaltung überstellt worden. Binnen dreier Monate wird der Antrag in einer Stadtratssitzung behandelt.

Der Antrag hat folgendes zum Inhalt:

1. der erste Bürgermeister berichtet beginnend mit der kommenden Stadtratssitzung in jeder nachfolgenden Stadtratssitzung über den **Fortschritt der Bemühungen** um eine **Finanzierung des Bahnprojektes**. Er soll hierbei Auskünfte über Art und Inhalt **der Bewerbungsmappe**, Art der **Fördertöpfe** und eventuell vorliegende **Finanzierungszusagen** etc. erteilen.
2. die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten drei Monate für die Beratung im Stadtrat eine Liste aller Grundstücke zu erstellen, die die Stadt zum Zwecke der Finanzierung des Bahnvertrages zu verkaufen gedenkt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten drei Monate dem Stadtrat einen **Finanzierungsplan** zur Erfüllung des neuen Bahnvertrages vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Stadtratssitzung das Konzept der geplanten **Projektgesellschaft** beziehungsweise **Finanzierungsgesellschaft** vorzulegen.
5. Die Ergebnisse aus den Punkten drei und vier sind ohne Verzögerung der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorzulegen.
6. Die **Vergleichs- und Realisierungsvereinbarungen Bahnanlagen Starnberg Bahnhof See** vom 20.12.2022 zwischen DB und Stadt Starnberg sind sofort zu veröffentlichen.

Inhaltlich gab es viele „kleine“ Tagesordnungspunkte in diesem Monat.

Der Jahresbericht des Wasserwerkes Starnberg wurde genehmigt. Der STAgenda Lenkungskreis hat die neuen Leitbilder vorgestellt.

Es wurde eine neue Satzung für das Stadtarchiv und neuen Gebührensatzungen für die Bücherei, die Musikschule und das Museum beschlossen. Diese waren teilweise seit mehr als 10 Jahren nicht mehr angepasst worden. Dies wird nun im 2-jährigen Turnus erfolgen. Der Kostenrahmen für die Sanierung der Schlossberghalle wurde auf 2,6 Mio. € angepasst.

Für eine notwendige Buswendeanlage in Leutstetten wurde der Durchführungsbeschluss gefasst, um die neuen Linien nach Wangen und Leutstetten besser im Starnberger Netz zu integrieren.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Leider wurde auf Antrag der CSU wieder ein Baumschutzverordnung in Starnberg eingeführt. Anstelle die Förderung für den Erhalt von privaten Bäumen deutlich über die geplanten 10.000 EUR pro Jahr zu erhöhen, wurde die Verbotslösung zusammen mit den Grünen ausgepackt. Künftig bedarf es wieder einer Genehmigung durch die Stadt, um einen Baum mit einem Umfang von mehr als 130 cm in 1 m Höhe auf dem eigenen Grundstück zu fällen. Diverse Ausnahmen (z.B. Krankheit etc.) sind vorgesehen. Das Hauptargument der Befürworter, es würden damit die Bauträger eingeschränkt, wird sehr schnell widerlegt: Baurecht auf dem eigenen Grundstück geht immer vor den Baumschutz (Grundrecht auf Nutzung des Eigentums). Dass damit zusätzlich die geringen Ressourcen der Bauverwaltung belastet werden, wird nur nebenbei erwähnt.

Das positive Gegenbeispiel einer sehr guten Entscheidung kam fast anschließend. Die Defizitvereinbarung für die Kindertagesstätten und Kindergärten mit den freien Trägern wurde mehr den realen Bedingungen angepasst. Die freien Träger (ohne diese wäre eine echte Kinderbetreuung niemals möglich) können nun insbesondere bei Kitas einen besseren Anstellungsschlüssel realisieren. Hier zeigt sich auch wieder, dass eine gute Mischung aus städtischen und freien Trägern grundsätzlich ein sehr guter Weg für Starnberg in der Kinderbetreuung ist. Die Stadt selbst wäre niemals in der Lage dies zu leisten.

Haupt- und Finanzausschuss

Im Haupt- und Finanzausschuss war die wesentliche Entscheidung, dass der Christkindlmarkt wieder 11 Tage lang von Donnerstag, 30. November bis Sonntag, 10. Dezember täglich auf dem Kirchplatz stattfinden wird. Trotz des zu erwartenden Defizites eine für Starnberg und das örtliche Gewerbe wichtige und richtige Entscheidung.

Bauausschuss

Der Bauausschuss hatte mit insgesamt 5 Stunden eine sehr ausführliche und teilweise stark diskutierte Tagesordnung abzuarbeiten.

Aus der Bürgerversammlung in Wangen wurden mehrere Anträge behandelt. Zum Beispiel die Erneuerung des Straßenbelages im Kramerbergweg und der Wildmoosstraße. Ein mögliches „Einheimischenmodell“ in Wangen wurde erstmal verworfen. Die notwendigen Kapazitäten und Grundstücke sind nicht vorhanden.

Die Prioritätenliste im Bereich Straßen- und Landschaftsbau und dem Stadtbauamt mussten auf Grund von weiteren Projekten neu festgelegt werden. Ein Grund dafür war der Beschluss eine Freiflächenphotovoltaik-Anlage auf einem Grundstück bei Hadorf zu genehmigen. Ein Grundsatzbeschluss wurde zur Nutzung der städtischen Dachflächen für Photovoltaikanlagen getroffen. Diese sollen wenn möglich zur eigenen Nutzung verwendet und nicht verpachtet werden. Ob zusätzlich eigene Stromspeicher in den Gebäuden eingesetzt werden, muss im Einzelfall entschieden werden.

Dies Diskussion über den Erlass einer Grünordnungs- und Gestaltungssatzung erwies sich als kürzer als gedacht. Dieser wurde fast einstimmig mit der Stimme der FDP zugestimmt.

Die Stellplatzsatzung wiederum wurde ausführlicher diskutiert. Leider wurde ein strittiger Passus mit 7:6 Stimmen gegen die FDP aufgenommen. Es ist künftig erlaubt, bei Wohnungen bis 40m² Wohnfläche auch außerhalb der Kernstadt Starnberg keine Stellplätze nachzuweisen, was gar in den Gemeindeteilen keinen Sinn macht.

Tutzing

Baugenehmigung Containeranlage

Im März fanden zwei Gemeinderatssitzungen statt. Eine zweite wurde extra für die eilig benötigte Bebauungsplansatzung für die Errichtung der Containeranlage für die Flüchtlinge im Klostergarten

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



einberufen. Dies wurde ohne neuerliche große Diskussion einstimmig beschlossen. Vorgesehen ist damit eine Unterbringung von bis zu 140 Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft. Es ist geglückt, zumindest einen Teil der Parkplätze für das Krankenhaus Tutzing zu erhalten. Dennoch wird die Parkplatznot für das Krankenhaus und den gesamten Ort Tutzing verschärft.

Mobilfunkmast Monatshausen.

Thema war die Baugenehmigung für den Mobilfunkmast. Zuvor hatten sich Verwaltung und Gemeinderat von einem Fachjuristen bezüglich des weiteren Vorgehens beraten lassen. Es gab drei Ansätze doch noch Einfluss auf den Mast nehmen zu können. Zum einen ging die Aufforderung an das ausführende Unternehmen zu belegen, dass Masten für die Netzabdeckung erforderlich sind. Zum andern wird die vom Unternehmen angestrebte Höhe von über 50 Metern angezweifelt. Als letzter Ansatz wird die Prüfung des von der Gemeinde alternativ vorgeschlagenen Standorts gefordert. Mit diesen drei Begründungen wurde der Bauantrag abgelehnt. Um den auf Gemeindegrund befindlichen alternativen Standort überhaupt anbieten zu können, musste ein im Jahr 2021 gefasster Beschluss teilweise zurückgenommen werden. Damals war mit einer sehr knappen Mehrheit, auch gegen den deutlich geäußerten Wunsch der FDP, der Beschluss gefasst worden „keine gemeindlichen Liegenschaften für die Errichtung von mit 5G-Technik zu bestückende Funkmasten zuzulassen“. Gelegenheit, diesen sinnlosen Beschluss im Gesamten neu zu beraten und neu abzustimmen, hat sich in der Sitzung leider nicht ergeben.

Bürgerinitiative "Tutzing klimaneutral".

Die Bürgerinitiative "Tutzing klimaneutral" hat sich im Gemeinderat vorgestellt. Dabei ist neben einigen konkreten Vorschlägen für die Erreichung einer Klimaneutralität auch ein Grundsatzbeschluss im Gemeinderat gefasst worden. Der Gemeinderat möchte sich der Unterstützung dieser klimaneutralen Bestrebungen nach Möglichkeit anschließen. Mehr als ein „grüner Daumen“ war dieses Bekenntnis jedoch nicht.

Kommunale Zusammenarbeit im Bereich Informationstechnologie

Nach einiger Vorbereitung haben sich die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Pöcking, Tutzing und die Stadt Starnberg für eine gemeinsame Zusammenarbeit im Bereich Informationstechnologie entschieden. Dazu wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gemeinde erhofft sich eine bessere IT-Zusammenarbeit und Unterstützung. Dies ist vor allem auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden Personalmangels bei Fachkräften in diesem Bereich sinnvoll.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Beitritt zur „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“

Der Antrag der Grünen beinhaltet, die Höchstgeschwindigkeit auch auf Staatsstraßen auf Tempo 30 herabsetzen zu können und diese Entscheidung in die Hände der Gemeinde zu geben. Nach Ansicht der FDP zielt dieser Antrag gerade in Tutzing lediglich darauf ab, weitere Tempobeschränkungen innerorts auf 30 vorzubereiten. Nach unserer Überzeugung ist in Tutzing an vielen entscheidenden Stellen bereits Tempo 30 eingeführt. Für die Staatsstraße in Tutzing, die Hauptstraße, um die es hier damit ausschließlich geht, ist auch jetzt bereits an Brennpunkten, wie zum Beispiel vor den Schulen, ein Tempolimit umgesetzt. Weitere Stellen kommen nach Ansicht der FDP dafür gar nicht sinnvoll in Frage.